



Am 27. November kommen zwei Vorlagen auf kantonaler und eine auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Städtische Vorlagen liegen keine vor. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Kantonale Vorlagen

1) Planungs- und Baugesetz (Änderung vom 29. Februar 2016; Umsetzung der Kulturlandinitiative).

2) Kantonale Volksinitiative «Schutz der Ehe».

Eidgenössische Vorlage

1) Volksinitiative vom 16. November 2012 «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)».

Kantonale Vorlagen:

1) **Ja**, denn jeden Tag wird in der Schweiz eine Fläche von acht Fussballfeldern überbaut. Um diese Landvernichtung zu stoppen, hat die Bevölkerung im Sommer 2012 die Kulturlandinitiative angenommen. Mit dem neuen Planungs- und Baugesetz wird diese nun endlich umgesetzt. Es schützt Fruchtfolgeflächen in Siedlungsgebieten und sorgt dafür, dass Bauland nur noch eingezont werden darf, wenn anderswo Land ausgezont oder aufgewertet wird.

2) **Nein**. Die Initiative will festschreiben, dass die Ehe eine «Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» sei. Es wird schnell deutlich, worum es eigentlich geht: Homosexuellen Paaren soll der Zugang zur Ehe verweigert werden. Ein Ehe-Verbot und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung darf in der Verfassung eines fortschrittlichen Kantons keinen Platz haben. Wer heiratet, verpflichtet sich, füreinander da zu sein und Verantwortung zu übernehmen. Entscheidend dafür sind gegenseitige Liebe und Verbundenheit, nicht sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Eidgenössische Vorlage:

1) **Ja**, denn Atomenergie ist unrentabel und spätestens seit Fukushima wissen wir, dass die Risiken nicht kontrollierbar sind. Das gilt erst recht für die Schweiz, die die ältesten AKWs der Welt betreibt. Der geordnete Atomausstieg bis 2029 vervollständigt die Energiestrategie 2050 mit der wichtigen maximalen Betriebsdauer für Atomreaktoren und macht den Weg frei für die Energiewende. Die Schweiz hat die Ressourcen dazu: Wasser, Sonne, Wind, Biomasse, Holz. Sonne und Wind stehen praktisch unerschöpflich zur Verfügung und müssen weder beschafft noch angeliefert werden. Der Betrieb eines AKWs schafft in der Schweiz nur wenige Arbeitsplätze. Die Erneuerbaren dagegen schaffen auch in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze.

Kantonale Vorlagen:

1) **Nein**. Das von Regierungsrat und Kantonsrat abgelehnte Planungs- und Baugesetz ist die Umsetzungsvorlage zur links-grünen Kulturlandinitiative. Die Forderungen der Initianten sind bereits erfüllt, unter anderem die strikte Trennung zwischen Siedlungs- und Nicht-Siedlungsgebiet. Der Richtplan hat zudem das Siedlungsgebiet weiter eingeschränkt. Mit diesen Massnahmen der bürgerlichen Kantonsratsmehrheit konnte das Kulturland besser geschützt und der Zersiedelung Einhalt geboten werden. Die jetzige Vorlage bewirkt einen Entwicklungsstopp und bringt so die Gemeinden in Bedrängnis.

2) **Ja**. Die Ehe gilt seit jeher als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Diese Definition soll in der Kantonsverfassung verankert werden. Neue Lebensformen wie Konkubinats- oder Zusammenleben von gleichgeschlechtlichen Paaren sind heute bereits möglich und werden es auch künftig sein. Es braucht die Fixierung der Definition in der kantonalen Verfassung, weil ansonsten auch andere Lebensformen legalisiert werden können, insbesondere die Öffnung der Ehe für mehr als zwei Personen, wie Polygamie anderer Religionen oder Heirat unter Minderjährigen.

Eidgenössische Vorlage:

1) **Nein**. Die Grünen verlangen mit ihrer Ausstiegsinitiative eine vorzeitige Abschaltung aller Schweizer AKWs. Eine breite Allianz lehnt diese extreme Initiative klar ab. Unsere Energieversorgung wäre in Zukunft nur noch mit Auslandsabhängigkeit sichergestellt. Zudem ist die Bandenergie nicht mehr vorhanden, welche für die Stabilität der Stromnetze notwendig ist. Mit dem Flatterstrom aus Windenergie und der unsicheren Quelle Photovoltaik ist die Netzstabilität nicht gewährleistet. Importierter Strom aus Kohle- und Gaskraftwerken wäre massiv umweltschädigend.

Kantonale Vorlagen:

1) **Nein**. Der seit 2014 gültige Richtplan schützt die besten Böden bereits. Im Gegensatz dazu möchte die Initiative nicht Baulücken innerhalb des Siedlungsgebietes für neue Bauzonen nützen, sondern nicht ackertaugliche Flächen, welche vorwiegend in den ländlichen und peripheren Regionen liegen. Damit würde die Zersiedelung noch verstärkt. Aus diesen Gründen empfehlen auch Kantons- und Regierungsrat, die Vorlage abzulehnen.

2) **Nein**. Die Initiative will eine Definition der Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau in die Verfassung des Kantons Zürich schreiben und verkennt damit andere Formen des Zusammenlebens in einer liberalen Gesellschaft, wie beispielsweise die gleichgeschlechtliche Partnerschaft.

Eidgenössische Vorlage:

1) **Nein**, die Initiative würde eben gerade nicht zu einem geordneten, sondern zu einem chaotischen Ausstieg aus der Kernenergie führen. Die fünf bestehenden Schweizer Kernkraftwerke produzieren zurzeit rund 40% des Schweizer Stroms. Wegen der in der Initiative festgeschriebenen Maximallaufzeit müssten bereits 2017 drei der fünf Kraftwerke abgeschaltet werden. In so kurzer Zeit könnte die Lücke nicht mit erneuerbaren Energien aufgefangen werden, sondern nur mit Stromimporten und damit häufig von deutschen Kohlekraftwerken oder französischen Kernkraftwerken. Dies wäre weder aus ökonomischen, noch aus ökologischen Gründen sinnvoll und würde zudem unsere Versorgungssicherheit gefährden. Die Energiestrategie 2050 des Bundesrats dagegen sieht Massnahmen vor, welche den Energieverbrauch senken, die Energieeffizienz erhöhen und erneuerbare Energien stärken. Zudem will sie auf neue Kernkraftwerke verzichten, respektive die bisherigen nicht ersetzen.



GRÜNE
Marcel Bührig,
Gemeinderat



GLP
Lukas Rich,
Präsident
Grünliberale (glp)
Kreis 6&10
Rechtsanwalt



AL
Judith Stofer
Kantonsrätin AL,
Zürich

Kantonale Vorlagen:

1) Ja, bereits 2012 sagte die Zürcher Stimmbevölkerung mit 54,5% Ja zur Kulturlandinitiative. Was der Kantonsrat danach machte, ist ein klassisches Beispiel von Arbeitsverweigerung. Das Bundesgericht musste den Kantonsrat zur Umsetzung zwingen, daher ist die kommende Abstimmung nicht mehr als eine Manifestation des Volkswillens. Ein Ja bedeutet weniger Zersiedelung und mehr Natur- und Ackerflächen. Die Kulturlandinitiative schafft ein wirksames Mittel, um das bestehende Kulturland zu schützen, die bauliche Entwicklung zu gewährleisten und verpflichtet die Gemeinden auch zukünftig vermehrt auf innere Verdichtung zu setzen.

2) Nein, bereits letztes Jahr wurde die CVP-Initiative mit einer zweifelhaften Ehe-Formulierung abgelehnt. Die Schweiz hat sich weiterentwickelt, Homosexuelle werden nicht mehr verfolgt. Die jetzige Initiative ist ein Versuch aus erzreaktionären Kreisen, ein veraltetes Familienbild zu manifestieren, welches nur einen Teil der heutigen Gesellschaft wieder spiegelt. Ausserdem wird die Ehe auf Bundesebene festgelegt und nicht auf kantonaler. Sobald der Bund die «Ehe für Alle» beschliessen würde, würde der Zürcher Artikel irrelevant werden.

Eidgenössische Vorlage:

1) Ja, AKWs sind gefährlich, schmutzig und unrentabel. Atomkraftwerke sind eine Idee aus den 50er-Jahren. Heute ist es aber so, dass Kernkraftwerke gefährlicher sind als uns immer weisgemacht wurde, und auch sauber sind sie nicht. Überdies kosten sie die Betreiber mehr als sie damit einnehmen. Die Schweiz sollte sich als nächstes Land von AKWs verabschieden. Aktuell läuft wohl mindestens ein AKW nicht, und auch wenn wir nächstes Jahr mit dem Ausstieg anfangen, ist genug erneuerbarer Strom in Europa und der Schweiz vorhanden, um die Kernkraftwerke zu ersetzen.

Kantonale Vorlagen:

1) Ja. Im Juni 2012 hat das Volk der Kulturlandinitiative zugestimmt. Bei der anschliessenden Umsetzung der Initiative hat eine Mehrheit im Kantonsrat alles unternommen, um die Ziele der Kulturlandinitiative zu verwässern, was schliesslich sogar vom Bundesgericht als unzulässig beurteilt worden ist. Mit der Vorlage, über die jetzt abgestimmt wird, werden die Forderungen der Kulturlandinitiative mit Augenmass umgesetzt. Eine Mehrheit im Kantonsrat ist immer noch dagegen, weil sie am liebsten das ursprüngliche Ja rückgängig machen würde. Doch der Volksentscheid vom Juni 2012 muss respektiert werden.

Die Nutzungsreserven in den bestehenden Bauzonen reichen auch mit dem prognostizierten Wachstum für die nächsten 70 Jahre. Mit der Umsetzung der Kulturlandinitiative wird also die Entwicklung des Kantons nicht gefährdet. Die Kulturlandschaften verdienen unseren Schutz, so dass sich auch künftige Generationen daran erfreuen können.

2) Nein. Die Initiative will die Ehe in der Kantonsverfassung ausschliesslich als «Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» definieren. Es ist das Ziel der Initiative, gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe zu verbieten. Es gibt aber keinen Grund, Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Die Grünliberalen setzen sich im Gegenteil dafür ein, dass künftig auch homosexuellen Paaren die Eheschliessung – und nicht bloss die registrierte Partnerschaft – erlaubt wird.

Eidgenössische Vorlage:

1) Ja. Die Grünliberalen hätten einen indirekten Gegenvorschlag zu dieser Initiative vorgezogen. Nachdem das Parlament aber ein Langzeitbetriebskonzept für die bestehenden Atomkraftwerke abgelehnt hat, war diese Möglichkeit leider nicht mehr gegeben. Deshalb unter dem Credo «safety first» ein Ja zur Initiative.

Kantonale Vorlagen:

1) Ja. Im Sommer 2012 haben wir über die Kulturlandinitiative der Grünen abgestimmt. Damals haben 54,5 % der Zürcher Bevölkerung Ja zum Schutz von wertvollem Ackerland gesagt. Pro Jahr etwa die Fläche des Zugersees überbaut. Mit der Zubetonierung unserer Landschaft leidet die Natur. Viele einzigartige Landschaften verschwinden. Die Bauern verlieren wertvolles Wiesen- und Ackerland, auf dem Gemüse, Früchte, Obst und Getreide wachsen, die für unsere Nahrungsmittelproduktion wichtig sind. Obwohl die Kulturlandinitiative 2012 klar angenommen wurde, weigerte sich der Zürcher Kantonsrat, diese umzusetzen. Das Gejammer der bürgerlichen Parteien war völlig unwürdig. Erst das Bundesgericht hat den Volksentscheid im Kanton Zürich durchgesetzt. Baulobbyisten und Parteien, denen Landschaftsschutz nichts bedeutet, haben gegen die Umsetzungsvorlage das Referendum ergriffen.

2) Nein. Diese Initiative ist überflüssig und am falschen Ort. Die Kompetenz liegt beim Bund.

Eidgenössische Vorlage:

1) Ja. Die Atomausstiegs-Initiative der Grünen schlägt einen vernünftigen Fahrplan vor, wie wir unsere Atomkraftwerke eins nach dem anderen abschalten können. Die Energieproduktion wird dabei nicht zusammenbrechen, denn der Fahrplan lässt Spielraum und genügend Zeit, um alternative und nachhaltige Energiequellen zu erschliessen. Die Atomkraftwerke werden in der Schweiz weit über die ursprünglich geplante Lebensdauer hinaus betrieben. In der Schweiz ist mit Beznau 1 das älteste Atomkraftwerk der Welt in Betrieb. Geht es nach dem Bundesrat, dürfen diese Kraftwerke unbeschränkt weiter betrieben werden. Dies ist mit grossen Risiken verbunden, beispielsweise bei einem Erdbeben oder einer Naturkatastrophe. Darum sagen Sie am 27. November Ja.

Höngg aktuell

Dienstag, 8. November

Bücher – Architekten – Bibliotheken
18.15 bis 19.15 Uhr. Bücher und Buchprojekte im gta-Archiv. Gebäude HIL C, Architekturfoyer. ETH Hönggerberg, Hönggerbergringe 39.

Eritrea. Woche der Religionen

19 bis 20 Uhr. Leben und Glauben in der neuen Heimat – ChristInnen und MuslimAs aus Eritrea sprechen über ihr Leben, ihre Herausforderungen und ihren Glauben in der Schweiz. Im Rahmen der Woche der Religionen ist das Zentrum für Migrationskirchen zu Gast. Sonnegg, Bauherrenstrasse 53.

Mittwoch, 9. November

Bewegung mit Musik

10 bis 11 Uhr. Turnen der Pro Senectute Senioren 60+, für Gelenke und Muskeln mit Lachen und Geselligkeit, fein, subtil und effizient. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Ackersteinstrasse 190.

Donnerstag, 10. November

Aktivita Referat mit Pius Dietschy

14.30 bis 17 Uhr. Im Rahmen des AKTIVIA-Jahresmottos «Alles hat seine Zeit» setzt sich der Referent Pius Dietschy eingehend mit «Kummerzeiten im menschlichen Leben» auseinander. Katholische Kirche Heilig Geist, Limmattalstrasse 146.

Chrabelgruppe

15 bis 16.30 Uhr. Offener Treffpunkt für Eltern mit ihren Babys ab Geburt. GZ Höngg/Rütihof, Lila Villa, Limmattalstrasse 214.

Freitag, 11. November

Senioren Turnen Höngg

8.45 bis 9.45 Uhr. Gymnastik, Fitness, Gedächtnistraining. Jeden Freitag. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Ackersteinstrasse 190.

Auflösung von Seite 15

